Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2013 Nr. 10 · 9. Jahrgang

Mehrheit im Bundestag nutzen!

Es gibt eine Mehrheit im Parlament für einen Mindestlohn. Jetzt können Frau Wicklein und Frau Baerbock zeigen, wie sie zu ihren Wahlversprechen stehen. SPD, Grüne und Linkspartei im Bundestag müssen ihre Mehrheit im Parlament nutzen, um gemeinsam einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen. Es wird noch eine Weile dauern, bis die Regierung gebildet wird, darum gibt es jetzt ein Zeitfenster für die rot-rot-grüne soziale Veränderungsmehrheit. Die Linksfraktion wird schnellst möglich eine entsprechende Initiative für einen flächendeckenden Mindestlohn einbringen. Dieser soll wie in Großbritannien von einer Kommission festgelegt werden, welcher die Sozialpartner angehören. Dieser Vorschlag liegt noch vor dem 22. Oktober vor. Ich bin gespannt auf die Änderungsvorschläge von SPD und Grünen. Dann können wir in eine politische Diskussion kommen. Es wäre gut, wenn der Mindestlohn zum Regierungsantritt steht.

Sascha Krämer



Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61:

Danke für eure Unterstützung!

37.000 Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis 61 haben DIE LINKE gewählt. Sie haben damit im besonderen Maße für ein gutes Ergebnis der LINKEN beigetragen. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten mit einem großartigen Krafteinsatz breite Präsenz auf der Straße gezeigt, wir haben die Podien gerockt und Unruhe bei den politischen MitbewerberInnen erzeugt. Wir wurden vor einem Jahr abgeschrieben und haben als LINKE gemeinsam gezeigt, dass wir weiter da sind: 100 % sozial, 100 % vor Ort.

Für das Direktmandat hat es nicht gereicht, auch der Einzug in den Bundestag über die Landesliste ist knapp gescheitert. Mich erschüttert das nicht, das politische Leben geht weiter.



Vielen Dank an alle, die mich unterstützt haben. Besonderer Dank gilt Tina, Sascha, Jana, Ronny, Juliane, Lacky, Moritz, Andrea, Jan & Jan, Ingo, Anita, Hans-Jürgen, Angelika, Renate, Volker, Andreas, Karin, Sigrid, Konstantin, Steffen, Hella, Roland, Martin, Harald, Jule, Hans-Otto, Isa, Maik, Maria, Alex, Michel, Charlotte, Stephan, Raik, Stefan, Thomas, Klaus-Uwe, Reinhard, Rainer, Peter... (ey, Leute, die Aufzählung ist zufällig – ihr wart alle Klasse!).

Norbert Müller

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 Wahlergebnisse auf einen Blick/24. Sommerfest der LINKEN



LINKS IM RATHAUS

5 Weiße Flotte ans „Mercure" – nicht auf den „Hinterhof"/Franzosen zu Gast in Potsdam/Aufträge an den OB

BABELSBERG/ ZENTRUM OST

6-8 Suttner-Gymnasium auf bestem Wege/Die neue Polizeiwache/Straßenverkehr – eine Glosse/Seniorencafé bei den Kleingärtnern von „Südwest"/Demo für Tempo 30

FORUM/ ORTSVERBÄNDE

9/10 50 Jahre Waldstadtschule/6. Toleranzfest/Bürgerhaushalt/LINKE-Ortsverbände informieren

Informationen der Redaktion

Die nächste „PaS“ erscheint am 5. November 2013. Die Redaktionssitzung für die Novemberberausgabe findet in der Geschäftsstelle Dortustraße statt, Termin nach Einladung.

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Weltfriedenstag:

Protest gegen Krieg in Syrien



„Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Diese Vision steht bei Micha 4, 1 – 4, in der Bibel. Schwert, Pflug und Schmied waren das Symbol der oppositionellen DDR-Friedensbewegung.

Auf den Kanonen der Feudalregime prangte der Spruch „Ultima ratio regis“ (Das letzte Mittel der Könige). Helmut Schmidt, ehemaliger Oberleutnant der Luftwaffe der großdeutschen Wehrmacht und späterer Bundeskanzler, sagte einmal: „Lieber hundert Tage verhandeln, als einen Tag schießen!“ Diese Visionen bzw. Grundsätze scheint die „Polit-Prominenz“ von heute vergessen zu haben. Heute wird dagegen weltweit ziemlich leichtfertig „gezündelt“.

Am Weltfriedenstag 2013 erinnerten wir an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen vor 72 Jahren. Zu gleicher Zeit denken wir an den 33. Jahrestag des Krieges gegen Afghanistan, dem wir Deutschen mit viel Engagement beigetreten sind. Deutsches Militär ist in vielen Staaten präsent, wir sind der drittgrößte Waffenlieferant in der Welt, wir bieten ausländischem Militär Waffenstützpunkte in Deutschland. Die USA gibt zu, dass ihr im Auslösen des Krieges gegen den Irak Fehler unterlaufen seien, die man möglichst nicht wieder machen sollte. Was da als Fehler bezeichnet wird, waren gezielte Kriegsverbrechen, die ungestraft blieben.

Der Überfall war ein Lehrstück für Angriffskriege im Nahen Osten. Die Anwendung des Lehrstückes erfährt derzeit Syrien. Und dieser Krieg drohte gerade im Umfeld des diesjährigen Weltfriedenstages zu eskalieren.

Es wirkt gespenstisch. Da tobt seit zwei Jahren ein grausamer Bürgerkrieg in Syrien – mit inzwischen über 100.000 Todesopfern. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Da ist eine ganze Region seit über zwei Jahren in Aufruhr. Da wird der Nahe Osten seit Jahrzehnten mit Waffen aller Art voll gepumpt, werden milliardenschwere Geschäfte mit Rüstungsexporten gemacht, an denen die verdienen, die die Folgen der Waffengewalt nicht zu spüren bekommen.



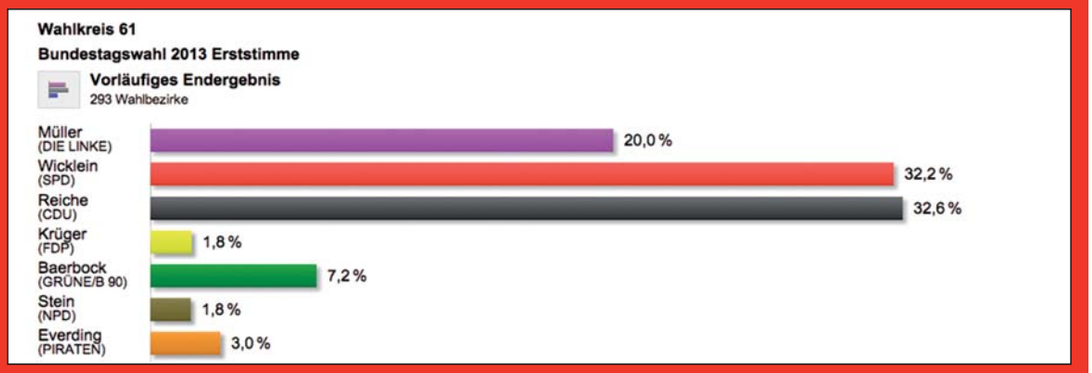
Hildegard Rugenstein, Dr. Frank Baier (Friedenskoordination Potsdam) und Dr. Raskob (v.l.n.r.) legen Blumen nieder.

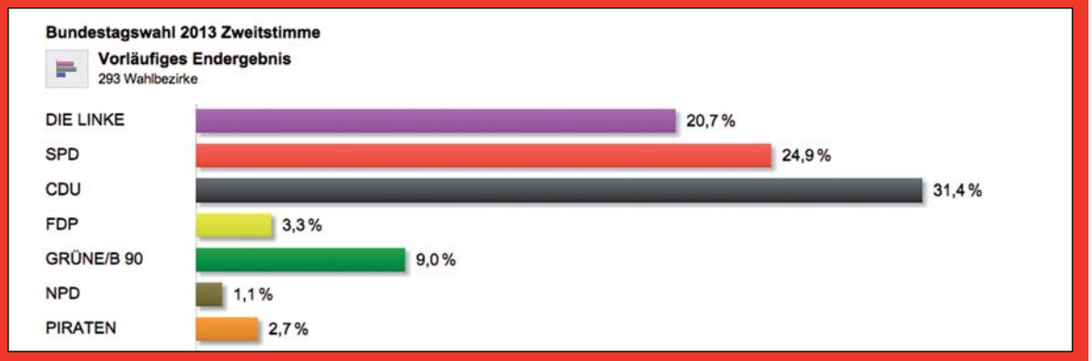
Deshalb ist der Weltfriedenstag kein sentimentaler Gedenktag, sondern brandaktuell. Rund 60 Friedensfreunde waren deshalb auch am 1. September 2013 dem Aufruf der Potsdamer Friedensinitiative gefolgt. Am Deserteursdenkmal auf dem Platz der Einheit protestierten sie gegen deutsche Rüstungsexporte und neonazistische Gewalt und forderten zivile Konfliktbearbeitung statt militärischer Interventionen. „Kein Krieg in Syrien“, „Hände weg von Syrien“ wie auch „Waffenexporte verbieten, Auslandseinsätze beenden!“ stand auf Plakaten. Blaue Fahnen mit dem Friedenstaubensymbol wehten im Wind.

In einigen Redebeiträgen wandten sich Kundgebungsteilnehmer gegen den drohenden Militäreinsatz der USA in Syrien. So betonte der Journalist und Politikwissenschaftler Dr. Wolfram Adolphi (DIE LINKE): „Wir wollen Frieden!“. Die Pastorin der Französischen Kirche, Hildegard Rugenstein, forderte im Namen der „Potsdamer Christen für den Frieden“: „Lasst ab! Nicht weiter!“. Und die Marquardter Friedensaktivistin Dr. Hedwig Raskob unterstrich: „Potsdam muss eine Stadt des Friedens werden!“. Cornelius Everding (Piratenpartei) fand ebenfalls mahnende Worte gegen den drohenden US-Militäreinsatz in Syrien.

Zu der Kundgebung waren auch einige Politiker gekommen – darunter die Brandenburgische Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE), Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL/SVV-Fraktionschef DIE LINKE), der Vorsitzende der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung Peter Schüler (Grüne) sowie Stadtverordnete von der LINKEN und der SPD.

Das war die Wahl 2013





Bundestagswahl 2013: Mit der LINKEN ist auch weiterhin zurechnen!

Zu allererst sei allen gedankt, die auf den Straßen und Marktplätzen ihre Frau und ihren Mann standen, um über linke Politik zu reden, aufzuklären, zuzuhören sowie die Bürger von linken Inhalten zu überzeugen. Ich danke allen, die sich aktiv am Wahlkampf beteiligt haben – an den Ständen, bei Verteilaktionen, im Straßenwahlkampf und bei der Plakatierung. Dank auch an Norbert Müller für sein engagiertes und kompetentes Auftreten und seinen Einsatz bis an die Grenzen der Belastbarkeit. Dank auch an die Wähler, die dem Kandidaten ihr Vertrauen schenkten. DIE LINKE Potsdam gratuliert den Damen der CDU, SPD und von Bündnis90/Die Grünen zu ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag und verspricht ihnen, dass wir ihre Arbeit in den nächsten vier Jahren konstruktiv begleiten und dass wir sie, so es nötig sein wird, an ihre Wahlversprechen erinnern werden.

DIE LINKE hat nicht nur zum dritten Mal den Einzug in den Bundestag geschafft, sondern mit 8,6 Prozent auch ein Ergebnis erreicht, das uns vor einem Jahr niemand zugetraut hätte. Wir sind im Bundestag drittstärkste Fraktion. In Brandenburg erreichten wir 22,4 Prozent, so dass Diana Golze, Thomas Nord, Dr. Kirsten Tackmann, Harald Petzold und Birgit Wöllert unsere fünf Brandenburger Abgeordneten im neuen Bundestag sind. Damit wurden leider die Ziele, 25 plus X und mindestens ein Direktmandat zu gewinnen, nicht erreicht. DIE LINKE im Land hat 6,1 % oder ca. 84.000 Wähler im Vergleich zu 2009 verloren. Es gilt jetzt, in den unterschiedlichen Gremien – Landesvorstand und Kreisvorstand – die Ergebnisse sachlich und ehrlich zu analysieren. Warum? Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Im Mai 2014 die Europa- und Kommunalwahl und im September 2014 die Landtagswahl.

Ein Generationswechsel geschieht nicht über Nacht. Wir haben ihn mit in Angriff genommen und wir werden ihn weiter fortsetzen. Mit Norbert Müller hatten wir einen Bundestagskandidaten, der vom ersten Tag an, bis zum Vorabend der Wahl einen engagierten Wahlkampf gemacht hat. Norbert Müller holte 23,6% mit der Erststimme und 24,1% für DIE LINKE in Potsdam. Im gesamten Wahlkreis 61 waren es bei der Erststimme 20,0% und 20,7 % für DIE LINKE. Damit verloren wir in Potsdam ca. 10 % bei der Erststimme und 5 % der Zeitstimme im Vergleich zum Jahr 2009.

Alle Ergebnisse finden sie unter: http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10112435_777302/c8361fba/Vorlauefiger_Bericht_Internet1.pdf

Das Ergebnis zeigt uns, wo wir stehen. Doch müssen wir einige Dinge berücksichtigen. Der Merkel-Faktor zog die gesamte brandenburgische CDU nach oben. Das subjektive Gefühl, Mutti hat uns gut durch die Krise gebracht und es geht einem ja nicht so schlecht, ließ nicht wenige ihre beiden Kreuze bei der CDU machen. Hinzu kommt, dass sich DIE LINKE seit 2009 bis Mitte 2012 überwiegend mit sich selbst beschäftigt hatte und zeitweise bei 4 % stand. Ein weiterer Faktor war, dass die SPD mit ihrer Aussage, „keine wie auch geartete Zusammenarbeit mit der LINKEN", ihr frühzeitig jede Machtoption genommen hat. Es gab keine Wechselstimmung und Rot-Grün waren von Anfang an keine Mehrheit. Keine Experiment – das könnte der Slogan der Wahl sein.

Gemeinsam wird DIE LINKE weiter an ihrem politischen sowie personelle Konzept arbeiten, welches die Jugend einschließt, aber die Älteren nicht ausschließt. Denn gerade in Potsdam gibt es viele junge Linke, die ein anderes politisches Angebot brauchen. Es hat uns gezeigt: Bei der nächsten Wahl muss DIE LINKE verstärkt mit KandidatInnen antreten, die unterschiedliche Milieus ansprechen. „Die Milieus entwickeln sich in Potsdam sehr dynamisch, da braucht auch DIE LINKE ein zukunftsfähiges Angebot", so der Politologe Dr. Jochen Franzke.

DIE LINKE wird nach der Wahl konstruktiv und beharrlich die Stadtpolitik begleiten und in gewohnter Art und Weise Impulse setzen. Versprochen! DIE LINKE bleibt auch weiterhin Ansprechpartner für soziale und bürgernahe Politik. Der Wettbewerb um politische Inhalte und deren Umsetzung geht weiter.

Sascha Krämer





Eleonora Prochaska – Einzug ins Militär-Waisenhaus

Oktober 1813

Am 04. August 1794 wurde Maria Christiane Eleonore Prochaska (1782 – 1813) gemeinsam mit ihren Geschwistern Zögling im Großen Militärwaisenhaus. Eine Gedenktafel erinnert daran. Welche Gründe gab es, das Mädchen in das Waisenhaus einzuweisen, das Friedrich Wilhelm I. am 15. Juni 1724 als Stiftung Großes Waisenhaus ins Leben gerufen hatte.

Eine Halbwaise war Eleonora Prochaska, denn die Mutter war verstorben. Der Vater, ein Militärmusiker, musste mit in den ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich (1792 – 1797) ziehen.

In der Stiftung galt der Grundsatz „ora et labora“, „bete und arbeite“. So wurde auch Eleonora Prochaska erzogen. Diese Erziehung kam ihr auch zugute, als sie in Potsdam eine Dienststelle als Hausmädchen bekam.



Dann aber folgen aufregende Zeiten. Napoleon griff in die Geschicke Europas ein, schlug die Preußen bei Jena und Auerstedt und griff bis nach Russland. Da aber standen die Völker auf wider ihn. Auch in Potsdam machte die Jugend mobil. 832 junge Männer meldeten sich freiwillig für den Kampf gegen Napoleon. Einer davon hieß Jäger Renz – und war das Mädchen Eleonora.

Am 05. Oktober 1813 erfüllte sich ihr Schicksal. In der Schlacht bei Dannenberg erlitt sie den Soldatentod – eine Kartätschenkugel hatte dem Jäger Renz den Schenkel zerschmettert. Ärztliche Kunst reichte nicht aus, ihr Leben zu retten.

Für das Potsdamer Heldenmädchen hatte man offensichtlich jahrzehntelang nicht viel übrig. Erst 1889 errichtete der Magistrat von Potsdam ihr ein Denkmal auf dem Alten Friedhof. *-rt*

Max Dortu spricht auf Volksversammlung

Oktober 1848

Der Politische Verein führt am 15.10.1848 in dem Etablissement „Elysium“ (am Schragen) eine Volksversammlung durch; Maximilian Dortu spricht zu den ca. 2.000 Menschen (laut Polizeibericht) u.a., „...daß das oesterreichische Volk von dem Kaiser und der Regierung schmählich hintergangen und betrogen sei. Die von dem Kaiser geleitete Reaktion habe es ziemlich so weit gebracht, daß die alte absolute monarchistische Regierung wieder das Ruder habe. Hiermit sei das Volk nicht zufrieden gewesen, sondern habe sich mit einem großen Teile des Militärs in Verbindung gesetzt und die Revolution erneuert...Nicht aber Oesterreich allein, sondern ganz Deutschland sei in dieser Hinsicht betrogen worden, so auch Preußen... Er forderte nun die Versammlung auf, in dieser heiligen Sache mitzukämpfen und, so wie er, entweder zu siegen oder zu sterben.

Erster „Eintopfsonntag“

Oktober 1933

Deutschlandweit wird in Verbindung mit dem Erntedankfest der erste „Eintopfsonntag“ am 1. Oktober auch in Potsdam begangen. In einem Aufruf der NS-Volkswohlfahrt („Potsdamer Tageszeitung“, 29. 09. 1933) heißt es: „Volksgenosse, verzichte an diesem Tage auf den üblichen Sonntagsbraten, begnüge dich mit einer einfachen Mahlzeit, einem Eintopfgericht, das höchstens 50 pf. Kosten darf, und überweist den ersparten Betrag den Spendenkonten des Winterhilfswerks [...] Es wird erwartet, daß auch die Gaststätten ihren Gästen nur ein Eintopfgericht vorsetzen und den Unterschiedsbeitrag dem Winterhilfswerk zuführen.“ Ergebnis des ersten „Eintopfsonntags“ in Potsdam: 10.232,77 RM

Nowaweser Kommunisten verurteilt

Oktober 1933

In der Wohnung des Eisenbahnwerkstättenarbeiters Otto Deinert in Nowawes wird am 15.12.32 die aus mehreren aktiven Kommunisten bestehende Gruppe „Einheit“ verhaftet. Dazu gehören der Transportarbeiter Franz Loewe, der Klempner Ewald Weiß, der Arbeiter Franz Dotzauer, der Anstreicher Georg Fickelscheer, der Arbeiter Erich Lange und der Arbeiter Otto Röbel. Die Mitglieder der Gruppe werden am 22.10.33 verurteilt, weil sie versucht hätten, unter einem neuen Namen die Tätigkeit des verbotenen Rotfrontkämpferbundes fortzusetzen mit dem Ziel, eine Räterepublik nach sowjetischem Muster zu errichten. Es werden verurteilt Deinert, Loewe, Weiß und Fickelscheer zu je einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis; Dotzauer zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis.

Ziegelsteine aus Ruinen geborgen

Oktober 1948

Am 2. Juli veröffentlicht die „MV“ einen Aufruf der Bezirksleitung Potsdam der SED, des Bezirksvorstandes Potsdam des FDGB, des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front und der Bezirksleitung Potsdam der FDJ zum Bau der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals. Hier heißt es u.a.: „Am 7. Februar 1933 sprach in Ziegenhals im Kreis Königs Wusterhausen der große Arbeiterführer und deutsche Patriot Ernst Thälmann zum letzten Mal in einer illegalen Tagung zu den Mitgliedern des ZK der KPD. Das Kuratorium der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals hat sich die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit der Bevölkerung unseres Bezirkes diese bedeutende Gedenkstätte in einen würdigen Zustand zubringen ... Helft alle mit, um unserem unvergessenen Ernst Thälmann im Bezirk Potsdam eine würdige Gedenkstätte zu errichten!“

DIE LINKE: Weiße Flotte ans „Mercure“!

Keine Verbannung in den „Hinterhof“

Das Hotel „Mercure“, der Lustgarten und schließlich die Eierei um den Standort der Weißen Flotte – soll eine scheinbar unendliche Geschichte für die Stadtverordneten der Landeshauptstadt bleiben.

Eigentlich sei alles gesagt und bereits seit 2010 existieren diesbezügliche Vorschläge der Verwaltung bzw. seit Januar 2013 ein Beschluss durch die SVV, erklärte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. In ihrem Antrag forderte nun DIE LINKE auf der SVV-Sitzung am 4. September zu beschließen, dass der Neubau der Weißen Flotte für den Standort am Fuße des „Mercure“ zu genehmigen sei. Zielstellung solle sein, bis Ende 2013 die notwendigen Voraussetzungen für die Genehmigung des Vorhabens zu schaffen.

Die Geschäftsführer der Weißen Flotte hatten sich in einem offenen Brief an die Stadtverordneten gewandt und ihre jedem verständlichen Positionen noch einmal erläutert. Es lägen alle Voraussetzungen für die Genehmigung vor. Es existiere ein ausverhandelter Erbbaurechtsvertrag für die erforderlichen Grundstücksflächen. Ein Bauantrag für den Erweiterungsbau liege der Verwaltung vor. Damit würde der Siegerentwurf von Prof. Winkens aus dem Jahre 2010 des von der Stadtverwaltung initiierten Wettbewerbsverfahrens realisiert werden können. „Die Weiße Flotte ist nach wie vor bereit, nach 20 Jahren sowohl den Erweiterungsbau als auch das bestehende Hafengebäude entschädigungslos zurück zu bauen, wenn das Hotel ‚Mercure’ zu diesem Zeitpunkt tatsächlich abgerissen würde“, unterstrich die Weiße Flotte. Eigentlich wäre damit der Weg frei gewesen, dass die Stadtverordneten endlich die Genehmigung erteilen. Wenn nicht...

„Der OB will nun mit öffentlichen Mitteln das ‚Mercure’ erwerben und abreißen lassen. Die Flotte wäre dann im Wege“, erläuterte Dr. Scharfenberg. „Wir haben dringendere Aufgaben als das Hotel abzureißen. Und der Standort am Bahndamm für die Flotte wäre eine Verbannung in den ‚Hinterhof’“, appellierte der Fraktionsvorsitzende. Die Grünen-Abgeordnete Saskia Hüneke machte sich zum Sprachrohr der Rathauskooperation und forderte, alle Anträge, die sich mit dem Lustgarten, dem „Mercure“ und der Weißen Flotte befassen, in die Ausschüsse zu überweisen. Dem entsprach die Mehrheit der „Kooperative“. Frei nach dem Motto: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis. Dr. Scharfenberg blieb nur noch, daran zu erinnern, dass eine Forderung der LINKEN bleibe, dass zu dieser Problematik eine Bürgerbefragung zu erfolgen habe.

Aufträge an den Oberbürgermeister …

DIE LINKE. Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Wie, ob überhaupt und wenn ja wann der OB die Aufträge der Stadtverordnetenversammlung erledigt, bleibt von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet. Zu Unrecht – denn die Themen haben durchaus politische Brisanz.

Den Entwurf eines Masterplanes für den Potsdamer Norden sollte der OB für die September-Sitzung vorlegen, so hatte es die SVV auf Antrag der LINKEN im Dezember 2012 beschlossen. Ziel des Masterplanes soll es sein, die großen Potenziale dieses Stadtraumes unter Beteiligung der Bewohner komplex zu planen und zu entwickeln. Neun Monate später teilt der OB mit, für die Erarbeitung des Plans stehen aktuell keine Personalkapazitäten zur Verfügung. Die seien bereits durch andere Planungsaufgaben gebunden. Es werde aber aktuell in Gesprächen mit dem Landkreis Havelland geprüft, ob eine gemeinsame Initiative zur Entwicklung des ländlichen Raumes in der Förderperiode ab 2014 möglich ist.

Die Versorgung mit Grundschulplätzen ist ein weiteres Problem des Potsdamer Nordens. Darauf hatte DIE LINKE in einem Antrag im Juni 2013 aufmerksam gemacht und den OB aufgefordert, im September 2013 darzulegen, wie die Mangelsituation schnellstmöglich beseitigt und der großen Nachfrage nach Grundschulplätzen künftig entsprochen werden kann. Der OB verweist in der entsprechenden Mitteilungsvorlage darauf, dass zum Schuljahr 2012/2013 die neue Grundschule eröffnet wurde und beide Grundschulen nun über genügend Kapazitäten bis 2014/2015 verfügen. Für die Schaffung zusätzlicher Plätze gebe es bis zur Vorlage der neuen Schulentwicklungsplanung 2014-2020 keinen Handlungsbedarf. Die Begründung dafür lautet: Für die Kinder, die im Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld wohnen / wohnen werden, sind genug Grundschulplätze vorhanden. Das Defizit würde dadurch entstehen, dass so viele Kinder aus anderen Stadtteilen und aus dem Potsdamer Umland in den beiden Grundschulen lernen. Und außerdem seien im Entwicklungsgebiet keine Flächen für weitere Grundschulen vorgesehen, ein weiterer Grundschulneubau würde auch nicht aus dem Treuhandvermögen des Bornstedter Feldes finanziert werden können, da der Bedarf, wie gesagt, nicht entwicklungsbedingt ist. Anders gesagt: Diesen Neubau müsste die Stadt bezahlen, wenn sie denn eine Fläche findet.

So! Nun wissen wir Bescheid! Ob das die Kinder und Eltern verstehen ...? Wir bleiben selbstverständlich auch an diesen beiden Problemen dran.



Der Entwurf von Professor Winkens.
Foto: Weiße Flotte

Reisen bildet …

… und darum war eine Gruppe französischer Politikstudenten aus Paris in der letzten Augustwoche zu Gast in Berlin und Potsdam.

Dass Potsdam eine Stadt ist, in der viele Gegensätze aufeinanderprallen, hat sich weit über unsere Grenzen hinaus herumgesprochen. Deswegen nutzten die Gäste die Gelegenheit zu einem Stadtrundgang der besonderen Art. Der linke Stadtverordnete Stefan Wollenberg führte die Gruppe entlang der aktuellen „Konfliktlinien“ durchs Stadtzentrum: Lustgarten und Mercure, Garnisonkirche und Stadtschloss, Staudenhof und Wissensspeicher waren einige der Stationen, an denen wir intensiv über Potsdams Entwicklung in den vergangenen Jahren diskutieren konnten. Und für einen, der diese Prozesse sehr intensiv begleitet hat, war die Außensicht der Gäste eine erfrischende Perspektive. So war für die Franzosen die Entscheidung zur historischen Schlossfassade, basierend auf der Plattner-Spende, kaum nachvollziehbar. „Plattner hat sich also ein Stück Stadt gekauft“, war der prägnante Kommentar eines Studenten. Auch die beabsichtigte großflächige Wiederherstellung der „historischen Mitte“ und der dafür notwendige Abriss von Bestandsgebäuden wie Mercure und Staudenhof fand wenig Verständnis bei den Studenten. Den Wiederaufbau des Stadtzentrums einer bestimmten historischen Epoche beurteilten sie als wenig zukunftsorientiert. Großes Unbehagen löste vor allem der Besuch der Garnisonkirchbaustelle aus. Das Signal, das von diesem Projekt über die deutschen Grenzen hinaus ausgeht, wird in der Potsdamer Diskussion leider viel zu oft ausgeblendet.

Das Interesse ist geweckt – und der eine oder andere der Besucher wird sicher bei Gelegenheit nach Potsdam zurückkehren – dann hoffentlich in eine Stadt, die in der Lage ist, die Interessen all ihrer Bewohner ausgewogen zu berücksichtigen.

Stefan Wollenberg



Die Namensgeberin

Bertha Sophia Felicita Baronin von Suttner wurde am 9. Juni 1843 in Prag als Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau geboren. In ihrer schriftstellerischen Tätigkeit arbeitete sie unter den Pseudonymen B. Oulot, Jemand.

Von Suttner war eine österreichische Pazifistin, Friedensforscherin und Schriftstellerin, die 1905 als erste weibliche Preisträgerin mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Bertha von Suttner verstarb am 21. Juni 1914 in Wien.

In ***„Drei wesentliche Programmpunkte zur Neuregelung der Staatenbeziehungen“*** legte sie dar, wie Konflikte zwischen Staaten ohne Gewalt gelöst werden können:

1. Durch Schiedsgerichtsverträge, um die Konflikte zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln beizulegen.

2. Durch eine Friedensunion aller Staaten, die jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen mit gemeinschaftlicher Kraft zurückweisen müsse.

3. Durch eine internationale Institution, die als ein Gerichtshof im Namen der Völker das Recht vertrete.

Die Quintessenz ihrer Reformvorschläge lautete: Abschaffung der Notwendigkeit, Zuflucht zum Krieg zu nehmen.

Bertha-von-Suttner-Gymnasium Babelsberg:

„Altes Haus – Junges Denken“

Viele der alteingesessenen Babelsberger kennen an diesem Standort noch zwei Schulen. Das war in der Stephensonstraße die „Goetheschule“. Und quasi auf der „Rückseite“ in der Kopernikusstraße dann die „Beethovenschule“. Als erstes Haus des heutigen gemeinsamen Schulkomplexes wurde die „Goetheschule“ 1907 in der Stephensonstraße errichtet. Es war eine höhere Lehranstalt für Knaben, die bald zu klein wurde. Deshalb kam 1911 das heutige Beethovenhaus an der Kopernikusstraße hinzu. Im Beethovenhaus gab es bereits eine Turnhalle, die in den 1930er Jahren ausgegliedert und in einem Neubau untergebracht wurde. Im Zweiten Weltkrieg kam es zu Beschädigungen am Haus, Umbauten verschandelten es innen.

In DDR-Zeiten war die „Beethovenschule“ eine Erweiterte Oberschule/EOS (Gymnasium). Der Autor dieser Zeilen, der selbst diese EOS besuchte, erinnert sich gern an seine „Pennäler“-Zeiten zurück. Und als geborener „Nudeltöpper“ auch daran, dass die große Aula während der Bauzeiten am neuen „Thalia“-Kino als Kinosaal genutzt wurde. Bis dann 1962 die EOS-Schüler auf die beiden „Gymnasien“ Humboldt- und Helmholtzschule in Potsdam verteilt wurden und der Schulkomplex zur Polytechnischen Oberschule/POS (1. bis zur 10.Klasse) wurde.

Nach der „Wende“ entstand die „Goethe-Gesamtschule“, die sich 2011 in Grundschule (Goethehaus) und Bertha-von-Suttner-Gymnasium (Beethovenhaus) aufspaltete. 1998 konnte mit Städtebaufördermitteln begonnen werden, beide Schulgebäude schrittweise zu sanieren. Das dauerte bei laufendem Schulbetrieb 12 Jahre. Die Turnhalle erhielt einen Erweiterungsbau und das frühere Toilettenhaus wurde zu einer Cafeteria umgebaut.

Zum Schuljahr 2011/12 eröffnete das Gymnasium am Standort Beethovenhaus, Kopernikusstraße. Und die Schule gab sich 2012 den verpflichtenden Namen „Bertha von Suttner“. Das Leitmotiv der Schule „Altes Haus – Junges Denken“ sei gut mit den humanistischen Idealen Bertha von Suttners vereinbar, heißt es auf der website der Schule. Das Gymnasium wird sukzessive die bisherige „Goethe-Gesamtschule“ ablösen.

Auf der Homepage können wir auch Vieles nachlesen, was die „junge“ Schule ihren Nutzern anbietet. Ein anspruchsvolles Sprachangebot gehört beispielsweise dazu. Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und das gute alte Latein kann man quasi in verschiedenen Kombinationen belegen. Sprachreisen nach Großbritannien, Frankreich und Spanien, ein Schüleraustausch mit Georgien (Batumi) (mit Finnland im Aufbau) stehen (auch) zur Festigung der erworbenen Sprachkenntnisse auf dem Programm.

Im Vordergrund steht die Förderung sprachlicher, naturwissenschaftlicher und künstlerisch-musischer Neigungen. Weiter gibt es eine Zusammenarbeit mit der Initiativgruppe „Pro Wissen“, um die Anschaulichkeit und den Praxisbezug zwischen Unterricht und Wissenschaft zu erhöhen. Zum Profil sollen weiter solche Punkte gehören wie der „Tag der Naturwissenschaften“, die Ausrichtung verschiedener Wettbewerbe und Olympiaden im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, ein Rezitatoren-Wettstreit sowie die Aktion „Jugend debattiert“.

Am Suttner-Gymnasium wird ergo eine hundertjährige Schultradition gepflegt – eine gute Symbiose von bewährter Tradition und Moderne. Hochmoderne Fachkabinette, ein Schulstandort mit einem wunderschönen, nach Ideen der Schülerinnen und Schüler entstandenen Schulhof und einem separaten Mehrzweckgebäude; eine Mittagsversorgung im Mehrzweckgebäude und ganztägige Versorgung durch die Cafeteria; eine Außenstelle der Stadt- und Landesbibliothek im Haus sowie eine enge Zusammenarbeit mit dem Schulförderverein, dem Verein der Altabiturienten und Babelsberg´03 – eine gute Schule profiliert sich aus Erfahrungen und neuen Ideen hier in Babelsberg. Als brandenburgisches „Denkmal des Monats“ ist das Bertha-von-Suttner-Gymnasium im Januar 2013 mit einer Urkunde der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ ausgezeichnet worden. Und stolz erklärt Schulleiterin Astrid Thorak auf der website: „Das Bertha-von-Suttner-Gymnasium Babelsberg entwickelt sich Dank des engagierten Einsatzes von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie der Eltern hervorragend und vervollkommnet so das Netz der Gymnasien in der Landeshauptstadt Potsdam in idealer Weise“. Dem brauchen wir nichts hinzufügen. Außer, dass in jedem Jahr im September ein Hoffest für ehemalige und jetzige SchülerInnen stattfindet.

B. Martin



Goethe-Schule Babelsberg und Bertha-von-Suttner-Gymnasium Babelsberg, Schuljahr 2013/2014



Servicepunkt als Modellprojekt?!

Seit dem Bekanntwerden der Pläne des Innenministeriums, die Wache in der Anhaltstrasse in Babelsberg zu schließen, hat sich die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung des Themas angenommen und dazu neben diversen Anfragen sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch im Hauptausschuss Beschlussvorlagen in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Der Hartnäckigkeit unserer Fraktion ist es zu verdanken, dass dieses Thema immer wieder aufgerufen wurde. So hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag unserer Fraktion unter anderem beschlossen, dass der Oberbürgermeister prüfen möge, ob „der für die ehemalige Wache Babelsberg geplante Ersatzstandort der Polizei gemeinsam mit dem Ordnungsamt der Stadt betrieben werden kann". Dieser Beschluss wurde am 08.05.2013 gefasst. Am 23.07.2013, zwei Monate später, wurde der Servicepunkt in der Tuchmacherstraße 38 eröffnet; betrieben durch das Ordnungsamt und die Polizei. Knapp zwei Monate sind seither ins Land gegangen, und ich habe mir am 16. September ein Bild über die Umsetzung unseres Beschlusses gemacht. Polizeihauptkommissar Sven Fröde hat mir und Jana Schulze die Räumlichkeiten gezeigt. Leider ist es für Menschen mit Handicap schwierig, weil zwei Stufen zu überwinden sind und die Klingel für Rollstuhlfahrer zu hoch angebracht ist. An zwei Tagen in der Woche geöffnet, wird das Angebot gut angenommen; die Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt unserer Stadt funktioniert ebenfalls gut. Gemeinsam mit den Polizeibeamten ist immer ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes vor Ort. Dieses Beispiel könnte brandenburgweit Schule machen. Nach sechs Monaten soll eine Bilanz gezogen werden. Fällt diese positiv aus, können wir uns durchaus vorstellen, dass aus der Not eine Tugend, sprich ein Modellprojekt geworden ist. Im Interesse der Sicherheit und des Sicherfühlens unserer Bürgerinnen und Bürger in Babelsberg wäre das auf jeden Fall wünschenswert.

Birgit Müller



Birgit Müller vor der neuen Wache in Babelsberg.

Glossiert

Im Stau sind alle gleich...

Glossiert: Chaosforschung im Potsdamer Verkehrsstau

Wenn sich in Patagonien ein kleiner Junge die Nase schnäuzt, fliegt auf Madagaskar ein Schwarm Möwen auf, und in China fallen drei Millionen Menschen von der großen Mauer. Oder jedenfalls so ähnlich. So richtig habe ich das nie verstanden, was Chaosforscher treiben. Statt Möwen ging es wohl um Schmetterlinge. Gemerkt habe ich mir auf jeden Fall, dass auch kleinste Abweichungen, rein theoretisch, am Ende einer langen Ereigniskette große Auswirkungen auf ein ganzes System haben können. Wir Norddeutschen sagen, zugegeben eher unwissenschaftlich, dass „sowat eben von sowat kommt".

Doch ernsthaft: Wer jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit im Stau steht, macht sich schon mal Gedanken darüber, warum denn wieder alles im Stillstand verharrt. Ist es schon wieder mal ein Unfall, die neue Baustelle, Personen auf der Fahrbahn oder einfach nur jemand, der nicht wagt, mit seinem Smart einen Lkw in der Baustelle zu überholen und dennoch auf der linken Spur bleibt? Wer das jeden Morgen mitmacht, weiß, dass an dem abgewandelten Spruch „Vor Gott und in einem Stau sind alle Menschen gleich" etwas dran ist.

Doch so ein Stau hat auch etwas Beruhigendes. Bei völligem Stillstand kann man schnell mal die Tageszeitung studieren, die ersten Mails lesen oder mit dem hinten nörgelnden Nachwuchs spielen. Baustellen gewinnen im Stau einen völlig neuen visuellen Reiz. Nicht, weil der nette baltische Bauarbeiter seinen trainierten Bierbauch zwei Meter neben uns in die Sonne hält. Sondern weil so auch der tägliche, na gut, wöchentliche Fortschritt solch einer Baustelle live verfolgt werden kann.

Streckenabschnitte, an denen bei fließendem Verkehr normalerweise vorbeigerast wird, werden auf Besonderheiten hin untersucht. Dann kommen solche Fragen auf: „Wie ist es möglich, dass hier Pflanzen wachsen, und in meinem Garten geht immer alles sofort ein?" oder „Diese Graffiti an der Schallschutzwand sind ja richtig hübsch. Wer das wohl war?"

Interessant ist auch, wer am Ende wohl die schnellere Fahrspur gewählt hat. Ist es der gestresste Familienvater, der sich durch ständige Spurwechsel einen Vorteil erhofft? Oder ist es die junge Studentin, welche sich zwischen den dicken Brummis auf der rechten Spur ihren Lidstrich nachzieht? Die meisten kommen wohl zu dem Schluss, dass es eigentlich völlig egal ist, es sich aber auf der rechten Spur viel entspannter fahren lässt, da die Lkw-Fahrer - so sehr man auch über sie schimpfen mag - einen besseren Überblick haben und konstanter fahren.

Und mit dem Ende des Staus - wie an jedem Morgen - schützt das schlechte Kurzzeitgedächtnis vor einer neuen Streckenfindung für den Folgetag. Soll heißen, das automobile Schlangestehen wird einfach vergessen. Am nächsten Morgen heißt es dann nämlich wieder: Augen auf, ersten Gang rein und ab in den Stau!

Ich werde jedenfalls morgen früh wieder meine ganz eigene Chaostheorie-Forschung betreiben. Im Auto sitzend, im Stau stehend. Warum war vorige Woche, auf die Minute genau zur gleichen Zeit, diese Straße frei befahrbar?

Ich sag nur, Chaostheorie. Vermutlich war es so: Weil in Norilsk der Schneepflugfahrer Igor S. etwas zu weit rechts gefahren ist, da er gestern Abend ein Glas Wodka zu viel hatte und ein kleines Schneegestöber auslöste, der kurz darauf einen Stau produziert, der von der Heinrich-Mann-Allee über'n Horstweg, weiter über die „Schnell"-Nuthestraße durch die Behlertstraße bis nach Bornim reicht. Und in dem stehe ich dann. Wat für'n Chaos! *–b. martin*

Neue Hort- und Kinder-betreuungsplätze

Die Landeshauptstadt wird im kommenden Jahr ihr Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder erneut erweitern. Wie aus der aktuellen Kitabedarfsplanung, die auf der SVV am 4. September bestätigt wurde, hervorgeht, soll die Kapazität um etwa 650 Plätze auf dann 15.300 Plätze (Jahresdurchschnitt) in Krippen, Kitas und Horten erweitert werden.

In Potsdam gibt es derzeit 118 Kitas bei 48 verschiedenen freien Trägern. Der Zuschuss der Landeshauptstadt für die Kinderbetreuung beträgt in diesem Jahr circa 51 Millionen Euro. Das ist fast jeder zehnte Euro des städtischen Haushaltes.

Der Zuzug von Familien mit Kindern hält auch weiterhin an. Ein stabiles und verlässliches Angebot und der damit verbundene notwendige Ausbau der Angebote der Kindertagesbetreuung sind für Eltern und deren Kinder besonders wichtig. Daher wird es weitere Neueröffnungen von Betreuungseinrichtungen geben. Dazu zählen nach heutigen Planungen im kommenden Jahr unter anderem eine Kita mit Hort mit 153 Plätzen im Inselhof am Schlaatz, ein Hort mit 160 Plätzen in der Burgstraße (Innenstadt) sowie eine Kita mit 167 Plätzen in der Gregor-Mendel-Straße (nördliche Innenstadt).

Der Schulentwicklungsplan und die fortlaufende Aktualisierung der Schülerzahlen dient dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie als Orientierung bei der Planung der erforderlichen Hortplätze. Konkrete schul- und klassenspezifische Hortplanzahlen sind in der integrierten Schulentwicklungs-/ Hortplanung dargestellt. Auch die steigende Schülerzahl an den Grundschulen in freier Trägerschaft erfordert die adäquate Bereitstellung von schulortnahen Hortplätzen. In diesen Schulen werden auch verstärkt Kinder aufgenommen, die nicht in Potsdam wohnen. Damit begründet sich u.a. die Belegungszahl von Kindern aus anderen Gemeinden in der Landeshauptstadt Potsdam. Knapp 500 Kinder aus Umlandgemeinden werden in Potsdam in Horten betreut. In Krippe und Kindergarten sind knapp 300 Kinder aus Umlandgemeinden in Potsdamer Einrichtungen untergebracht.

Diana Golze: Erste Urteile entlarven verkorkste Kita-Politik

„Die ersten gerichtlichen Entscheidungen machen das ganze Ausmaß der Fehlentwicklungen beim Kita-Ausbau deutlich. Wenn der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ernst gemeint sein soll, muss hier dringend nachgebessert werden“, erklärt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, angesichts der ersten Urteile zu fehlenden Kita-Plätzen.

„Wenn nun Gerichte darüber entscheiden, wie viel Betreuung einem Kind pro Tag zusteht, ob das Angebot einer Tagespflege gleichwertig mit dem einer Kindertagesstätte ist und welche Wege für Eltern zumutbar sind, um ein zwei Jahre altes Kind zur Kita zu bringen, ist das ein Skandal. Hier zeigt sich, dass das Gesetz genau die Lücken aufweist, die DIE LINKE immer bemängelt hat.

Wenn Wartelisten nach Erwerbstätigkeit der Eltern geordnet werden und diese einen Tagespflegeplatz nicht ablehnen dürfen, weil die Betreuung in ihrer Wohnung erfolgen soll, kann von Wahlfreiheit, wie sie die Union so gern vor sich her trägt, keine Rede sein.

Jedes einzelne Urteil macht deutlich, dass es eine der ersten Aufgaben der nächsten Bundesregierung sein muss, einen neuen Krippengipfel einzuberufen.

Wir brauchen Lösungen für ein bedarfsgerechtes Angebot, die gleichermaßen das Wohl der Kinder und die Bedürfnisse der Eltern berücksichtigen. Zudem müssen endlich qualitative Mindeststandards für die Kindertagesbetreuung festgelegt werden, die sowohl für Kitas als auch für die Tagespflege gelten.

Wer Eltern jahrelang das Wort Wahlfreiheit vorbuchstabiert, muss sich dann auch daran messen lassen, inwieweit er dieses Versprechen eingelöst hat. DIE LINKE bleibt dabei: Der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung muss sowohl quantitativ als auch qualitativ ausreichend abgesichert sein.“

„Seniorenkaffee“ im Babelsberger KGV „Südwest“

Ein Kleingärtner, der von Potsdam kommend den Horstweg in Richtung Babelsberg fährt, der sieht mit Wehmut im Herzen die Baumaßnahmen auf einem Teil des Kleingartenvereins „Selbsthilfe 1917“ e.V.. Seit fast hundert Jahren gehegtes und gepflegtes Grün weicht hier dem Bau von noblen Stadtwohnungen. Vis-à-vis liegt die ebenfalls schon traditionsreiche Verein „Südwest“ e.V..

Wir erinnern uns: Die Stadt Potsdam wollte im vergangenen Jahr eine Untersuchung des Standortes rund um den Neuendorfer Anger in Babelsberg starten. Betroffen von dieser ominösen Untersuchung wären laut ursprunglichem Plan auch die Babelsberger Kleingartenvereine „Südwest“ (am Horstweg) sowie der „Angergrund“ gewesen. Das wollte und konnte der VGS-Potsdam nicht hinnehmen. „Fazit unseres Wirkens war, dass eben unsere Vereinsflächen aus dem Entwicklungsbeschluss raus genommen wurden. Damit greift der Flächennutzungsplan. Und der bedeutet Sicherheiten fur die Vereine“, so Kreisvorsitzender Klaus Sager auf der Jahresmitgliederversammlung im März 2013.

„Südwest“ ist also weiterhin quicklebendig. Und der Verein entwickelt auch noch 124 Jahre nach seiner Gründung neue Traditionen. Am 11. September 2013 war es z. B. zum zweiten Mal so weit. „Wir haben wieder wie im vorigen Jahr unsere Senioren aus dem ‚Betreuten Wohnen‘ in der Dieselstraße 26 zu einem gemütlichen Kaffeenachmittag in unsere Anlage eingeladen“, erzählt der Vereinsvorsitzende Andreas



Stemmler. Man kennt sich schließlich. Die Senioren leben quasi über die Straße direkt gegenüber der Kleingartenanlage. Und in den Monaten, in denen es möglich ist, sind sie des öfteren hier unterwegs – ganz einfach, um das blühende Grün, die gesunde Luft zu genießen. So haben sich schon viele persönliche Kontakte zwischen den Kleingärtnern und den oft pflegebedürftigen Senioren entwickelt. „Um die Weihnachtszeit besuchen wir die alten Herrschaften in ihrer Einrichtung“, berichtet Andreas Stemmler. Und zum Seniorenkaffee backen die Gartenfreunde eben leckeren Kuchen und laden auf ihre Gemeinschaftsparzelle ein.

In diesem Jahr meinte es der Wettergott nicht ganz so hold. Kühler Wind und strichweise Regen bildeten nicht so das ideale Gartenwetter. Doch die „Südwest“ler bauten kurzerhand ein Festzelt und eine Gas-Heizgerät auf. Unter dem geschützten Zeltdach war es auszuhalten. Und die Senioren trotzten erst recht den Wetterunbilden und erschienen mit und ohne Rollator recht zahlreich in der Gartensparte. Der Kuchen wurde gelobt und reichlich verkostet. Und Gartenfreund Alfred Schulz hatte wieder seine Mundharmonika und das Akkordeon dabei zum gemeinsamen Singen. Alles in allem war dieser zweite „Seniorenkaffee“ wieder ein nachhaltiges Erlebnis, das sicher im nächsten Jahr wiederholt wird.

-bm

Demo für Tempo 30

Am Montag, dem 26.08.2013, trafen sich rund 300 Schüler, Lehrer und Eltern der Evangelischen Grundschule Babelsberg vor Schulbeginn an der Kreuzung vor der Schule. Mit Schildern und Transparenten gingen sie auf die Kreuzung Karl-Liebknecht-/Rudolf-Breitscheid-Straße und stoppten für 10 Minuten den Verkehr. Sie demonstrierten friedlich für die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 auf der Rudolf-Breitscheid-Straße zwischen Alt Nowawes und Wattstraße, und sie forderten weiter einen sicheren Weg über die gefährliche Kreuzung durch längere Grünphasen der Ampelanlage.



Auslöser für die Demonstration waren drei schwere Unfälle, die sich in den vergangenen zwölf Monaten zugetragen hatten – der letzte gerade wenige Tage zuvor (siehe Kasten). Die Stadtverwaltung hatte die Verkehrssituation vor Ort als „bislang absolut unauffällig“ bezeichnet und keinen Handlungsbedarf gesehen. Die evangelische Grundschule appelliert „seit 2009 an die Stadtverwaltung, für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen – bisher leider ergebnislos“, sagte dagegen eine Vertreterin des Schulfördervereins. Auch die Oberlinschule und -krippe befinden sich in der Nähe des Unfallschwerpunktes.

Eine gefährliche Ecke

Die Polizei registrierte an der Kreuzung Rudolf-Breitscheid- und Karl-Liebknecht-Straße im Jahr 2012 zwanzig Verkehrsunfälle mit acht verletzten Menschen.
Bis Mitte August des laufenden Jahres ereigneten sich an der Kreuzung bereits 15 Unfälle, bei denen zwei Personen verletzt wurden. Die Hauptunfallursache ist das fehlerhafte Abbiegen.
Ein besonders schwerer Unfall ereignete sich im September 2012 an der Stelle. Nach einer Kollision schleuderte ein BMW auf den Fußgängerweg und erfasste dort eine Rollstuhlfahrerin und ihren Begleiter. Beide wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. (Quelle: MAZ)

Waldstadt feierte 50. Jubiläum

Ein guter Grund zum Feiern für die Grundschulen und den Stadtteil

Am 7. September feierte die Waldstadt-Grundschule ihren 50. Geburtstag, gemeinsam mit dem ganzen Wohngebiet. Über 1.500 Gäste fanden an einem wunderschön spätsommerlichen Samstag den Weg in die Friedrich-Wolf-Straße und erlebten zahlreiche Attraktionen.

Ein Jahr lang hatten Schüler, Lehrer und Eltern das Fest vorbereitet. Die erstaunlichen Ergebnisse der Schülerrecherchen wurden im Schulhaus ausgestellt. Fotos aus der Bauphase der Waldstadt I und der Schule, Erlebnisberichte von Zeitzeugen, Unterrichtsmaterialien aus fünf Jahrzehnten und vieles mehr machten die Geschichte des Wohngebietes wieder lebendig. Viele Waldstädter der ersten Jahre waren selbst gekommen, um gemeinsam Erinnerungen aufzufrischen. Mit tatkräftiger Unterstützung von Breitband e.V., den Stadtwerken, dem SC Potsdam, von Polizei, Feuerwehr und Verkehrswacht hatten die Organisatoren ein buntes Rahmenprogramm auf die Beine gestellt. Kleine Kriminalisten konnten Spuren sichern, sich auf dem Verkehrssimulator oder im Kart-Parcours ausprobieren oder auch Ponys reiten. Für die Jüngsten war mit Hüpfburgen, Büchsenwerfen und Mal- und Bastelständen bestens gesorgt. Tombola-Lose waren bei allen Altersgruppen gefragt. Als einzige Potsdamer Partei hatte DIE LINKE hier auch Preise gestiftet.

Das Bühnenprogramm wurde fast ausschließlich von den Schülern gestaltet. Theater, Musik, Tanz und Sketche – es war für jeden Geschmack etwas dabei. Sicher ein Höhepunkt: der Auftritt der Cheerleader von den „Potsdam Panthers" auf dem Sportplatz, die die Gäste mit ihren lebendigen Pyramiden begeisterten. Eine Waldstädter Schülerband beschloss den Abend mit rockigen Klängen.

Alles in allem war es ein rundum gelungener Geburtstag, darin waren sich Gäste und Akteure einig. Schön wäre es doch, könnte die Waldstadt wie auch andere Potsdamer Stadtteile künftig jedes Jahr ein so schönes Stadtteilfest feiern. Wünschen wir den Organisatoren den Mut, ein solches Projekt anzugehen!

Stefan Wollenberg





Städtische Finanzen öffentlich machen

Bürgerumfrage: Potsdamerinnen und Potsdamer sprechen sich gegen neue Schulden aus

Seit sechs Jahren können sich die Potsdamerinnen und Potsdamer im Rahmen des Bürgerhaushalts bei der städtischen Haushaltsplanung einbringen. An der Bürgerumfrage zum Doppel- und Bürgerhaushalt 2013/14 haben sich 2.499 Potsdamerinnen und Potsdamer beteiligt. Ein Großteil interessiert sich nach eigenen Angaben stark für das politische Geschehen in der Stadt (82 %). Die derzeitige allgemeine Finanzlage Potsdams wird von knapp der Hälfte als „weniger gut" eingestuft (47 %). Neue Schulden zu vermeiden, müsste nach Angaben von 84 Prozent der Teilnehmenden die dringlichste Aufgabe der Stadtpolitik sein. Nicht verzichtet werden sollte dabei jedoch auf Leistungen wie Sport- oder Kulturförderung. 51 Prozent der Teilnehmenden wären sogar bereit, mehr dafür zu zahlen. Auf die Frage, wie die Stadt zukünftig mehr Geld einnehmen könnte, wurden am häufigsten die Gewinnung von Sponsoren und die Einwerbung von Fördermitteln gewählt. Mit Hilfe weiterer Zuweisungen des Landes Brandenburg, erhöhter Bußgelder oder Gemeindesteuern müsste nach Ansicht der Teilnehmenden beispielsweise mehr Geld für Betreuungsangebote an Schulen und Kindertagesstätten sowie für den Ausbau von Geh- und Radwegen bereitgestellt werden. Einsparpotentiale werden am ehesten in den Bereichen der Verwaltungsorganisation und der Wirtschaftsförderung sowie des Marketing gesehen.

Das Thema Bürgerbeteiligung wird von einem Großteil der Potsdamerinnen und Potsdamer insgesamt als wichtig betrachtet (51 % sehr wichtig, 43 % eher wichtig). Ein großer Teil der Potsdamerinnen und Potsdamer hat den Bürgerhaushalt bereits genutzt (66 %) oder davon gehört (27 %). Die Einwohnerinnen und Einwohner zeigen sich insgesamt zufrieden mit dem Verfahren (65 %). Deutlich mehr als die Hälfte (63 %) geben an, sich auch weiterhin beteiligen zu wollen. Etwa 90 Prozent befürworten, dass über den Bürgerhaushalt zukünftig Informationen zu den städtischen Finanzen veröffentlicht werden.

Die vollständigen Ergebnisse werden voraussichtlich im Oktober 2013 veröffentlicht und sollen im Rahmen der nächsten Sitzung der AG Bürgerhaushalt zur Weiterentwicklung des Verfahrens thematisiert werden.



Neuberufung des Gestaltungsrates

Nach drei Jahren erfolgreicher Tätigkeit des Gestaltungsrates lag den Stadtverordneten zur Stadtverordnetenversammlung am 04. September die Liste der Mitglieder für die kommende Sitzungsperiode zur Bestätigung vor.

Der Vorschlag folgte den in der Geschäftsordnung vorgegebenen Prinzipien: Fachleute aus den Gebieten Architektur, Städtebau und Landschaftsplanung zu gewinnen, die sich durch vielfältige Erfahrungen mit historischer Bausubstanz sowie dem Bauen in historisch geprägtem Umfeld auszeichnen, der Verknüpfung von baulicher Qualität, Landschaft und Wasser verpflichtet sind und in ihrer Zusammensetzung auch internationale Bezüge der Potsdamer Bautradition repräsentieren.

Gemäß der Geschäftsordnung erfolgt die Neuberufung der Mitglieder nach drei Jahren, wobei eine Wiederberufung möglich ist. Die bisherige Vorsitzende des Gestaltungsrates, Frau Staatsrätin a.D. Dipl.-Ing. Ulla Luther, Frau Prof. Dipl.-Ing. Mara Pinardi und Prof. Dipl.-Ing. Christian Rapp wurden für eine zweite Sitzungsperiode wieder berufen.

Als neue Mitglieder des Gestaltungsrates wurden von der Verwaltung vorgeschlagen und mehrheitlich bestätigt:

Frau Dr. Dipl.-Ing Anke Schettler, die seit 1991 freischaffend als Architektin in Weimar arbeitet. Sie verfügt durch eigene Projekte und die Teilnahme an Wettbewerben sowie ihre Lehrtätigkeit an der Bauhausuniversität Weimar und die Mitarbeit in zahlreichen Preisgerichten über eine reiche Erfahrung im architektonischen Entwerfen bei Neubau- und Sanierungsvorhaben.

Herr Dipl.-Ing Axel Lohrer, der als bekannter Landschaftsarchitekt neben eigenen, vielfach preisgekrönten Planungen auch durch seine Tätigkeit in den Vorständen der Berufsverbände und die Lehrtätigkeit z.B. an der HS München ein breites Wirkungsfeld abdeckt.

Herr Dipl.-Ing. Helmuth Riemann, der seit 1977 als freischaffender Architekt in Lübeck arbeitet, wobei sein besonderes Interesse dem Bauen in historischem Umfeld gilt. Er ist ebenfalls Träger vieler Auszeichnungen und Preise und wirkte bereits in Gestaltungsbeiräten mit.

Gartenstadt Drewitz – nördlicher Kreisel freigegeben

Der nördliche Kreisel und der neue westliche Wohnweg der Konrad-Wolf-Allee 2 bis 36 bis zur Ausfahrt in den Kreisverkehr Süd in Höhe Robert-Baberske-Straße wurden am Montag, dem 2. September, für den Fahrzeugverkehr freigegeben. Die Zufahrt zur Fritz-Lang-Straße erfolgt weiter über das Havel-Nuthe-Center.

Für den Guido-Seeber-Weg 1 bis 8 erfolgt eine Vollsperrung für den Kfz-Verkehr. Weiterhin bleibt die Vollsperrung des im Bau befindlichen östlichen Wohnweges der Konrad-Wolf-Allee 15 bis 61 aufrecht erhalten. Die Zufahrt für Rettungsdienste und Feuerwehranfahrt erfolgt auf einer Notfahrbahn.

Die Nutzbarkeit der Tram-Haltestellen Robert-Baberske-Straße und Ernst-Busch-Platz wird auch während des Umbaus der Haltestellen gewährleistet, der Linienbusverkehr bleibt ebenfalls bis zum Jahresende unverändert.

„SCHARF, SÜß, SAUER – TOLERANZ MIT POWER“

6. „Potsdamer Fest für Toleranz“ am 21. September 2013 in der Waldstadt II

Am 21. September 2013 hatten das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ und die Landeshauptstadt Potsdam zu einem vielfältigen Programm auf dem Gelände des Oberstufenzentrums II in der Waldstadt II eingeladen.

Das Fest wurde begleitet von einem bunten Familien- und Musikprogramm. Ganz im Sinne des Mottos – „Scharf, süß, sauer – Toleranz mit POWER“ - stand das Kochen in diesem Jahr im Blickpunkt. Pakistanisch, indisch, russisch, ukrainisch, vietnamesisch – die Gäste erhielten Einblicke in die kulinarische Vielfalt unterschiedlichster Länder und Nationalitäten.

Auf der Bühne eröffnete die Seniorentanzgruppe „Der fröhliche Kreis“ das Programm. Gefolgt von der Igbo group, an die sich die kenianische Frauentanzgruppe Atize anschloss. Den Abschluss des Festes leitete dann die Band „John Apart“ ein, bis dann „Fosbury Flop“ mit dem Abendkonzert das Fest abschloss.

Für die Kinder standen wieder das Spielmobil und die Hüpfburg des Stadtjugendringes Potsdam e.V. bereit. Viele Stände informierten zu unterschiedlichsten Themen. So zeigte die Beauftragte für Migration und Integration eine Ausstellung über jüdisches Leben. Der Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ berichtete über die Arbeit der Bürgerhäuser in Potsdam. Das Haus der Begegnung präsentierte die Ausstellung „Kindheit mit Behinderung in Brandenburg“ und zeigte die Alltagswelt von Menschen mit Behinderung. Der Träger der Jugendclubs im Stadtteil, „Breitband e.V.“, war ebenfalls mit einem Stand vor Ort. Das „Bündnis Fares Brandenburg e.V. / Katte e.V.“ klärte über Homo- und Transsexualität auf. Der „Verein für Arbeitsmarktintegration und Berufsförderung (AIB) e.V.“ zeigte nicht nur seine Arbeit sondern auch eine Karateshow. „BleibNet PLUS“ und das „IQ Netzwerk Brandenburg“ klärten über die berufliche Integrationsarbeit auf. Das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ und EXIT-Deutschland informierten über Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Möglichkeiten zum Ausstieg aus der Szene.


Die Kleinen hatten ihren Spaß.


Tolle Köche aus vielen Ländern waren in Aktion.


Ganz neu: „Zumba“ für alle...


Sascha Krämer und Hans-Jürgen Scharfenberg waren logischerweise dabei.


Erinnerungsfoto: Alle Standbetreiber und der Oberbürgermeister.


Die Frauen tanzten sexy...


...und die Männer trieben den „bösen Geist“ aus...

Drohnen ächten! Rüstungsexporte verbieten! Auslandseinsätze beenden!

Das Eurohawk-Debakel hat gezeigt, dass die Bundesregierung aktiv am internationalen Wettlauf um immer modernere Tötungsmaschinen beteiligt ist. Verteidigungsminister de Maizière hält an der Beschaffung und Entwicklung von Aufklärungs- und Kampfdrohnen fest, die den Umbau der Bundeswehr zu einer international agierenden Interventionsarmee technisch flankieren. Kampfdrohnen werden bereits heute im wachsenden Maßstab von US-Armee und CIA zur Durchführung von „gezielten Tötungen“ eingesetzt – in Pakistan, Somalia und Jemen. Diese Drohnen werden auch von Militärstandorten in Deutschland koordiniert, wie AFRICOM in Stuttgart oder Ramstein. Die Bundesregierung nimmt das nicht nur stillschweigend hin, sondern kooperiert auf der Ebene der Geheimdienste mit den USA bei der Durchführung dieser Mordoperationen. Kampfdrohnen müssen international geächtet werden. Und: Das Geld wird woanders gebraucht – allein der gescheiterte Eurohawk kostet soviel wie 12.000 Kita-Plätze.

Der verkündete „Abzug“ aus Afghanistan entpuppte sich als Wahlkampf-Lüge. Die katastrophale Sicherheitslage in Afghanistan



zeigt, dass sich soziale Probleme nicht mit Besatzung und Krieg beseitigen lassen. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Doch die Bundesregierung schickt deutsche Soldaten in immer mehr Auslandseinsätze – in fast allen Fällen mit Unterstützung von SPD und Grünen. Allein in den vergangenen zwölf Monaten kamen mit der Beteiligung am französischen Krieg in Mali und der Stationierung von Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze zwei weitere Einsätze hinzu. Diese Einsätze sind Teil einer internationalen Politik, die mit militärischer Gewalt den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sichern will.

74 Jahre nachdem Hitler-Deutschland mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg entfesselt hat, fordert DIE LINKE nach wie vor: Keine Entwicklung und Beschaffung von Kampf- und Spionagedrohnen. Schließung von US-Militärstandorten wie AFRICOM und Ramstein; Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr; Stopp aller Waffenexporte; keine direkte und indirekte Unterstützung von Kriegen.



Kein Geld für den Aufbau der Potsdamer Garnisonkirche

Petition an Bundeskanzlerin Angela Merkel von „Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“

Der Staatsminister für Kultur Bernd Neumann hat angekündigt, für den Aufbau der Potsdamer Garnisonkirche 12 Mio Euro aus „seinem“ Etat zur Verfügung zu stellen. Das ist ein falsches Zeichen. Die Potsdamer Garnisonkirche gilt bis heute im In- und Ausland als „Geburtsstätte des Dritten Reiches“. Der symbolische Handschlag zwischen Hitler und Hindenburg machte am „Tag von Potsdam“ den Weg frei für das Ermächtigungsgesetz.

Die Stadt Potsdam, das Land Brandenburg und die Evangelische Kirche haben öffentlich erklärt, dass sie keine Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche zur Verfügung stellen.

Der Aufbau aus öffentlichen Mitteln wird durch die Bevölkerung abgelehnt. Vor einigen Monaten belegte die Forderung „Kein städtisches Geld für den Aufbau der Garnisonkirche“ mit einer Rekordpunktzahl den Spitzenplatz auf der „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ im Potsdamer Bürgerhaushalt.

In Potsdam gibt es genug Kirchen mit vielen freien Plätzen. Bislang wurde von den Wiederaufbaubefürwortern aus Kirche und Parteien immer wieder versichert, dass der Aufbau aus Spenden erfolgen soll. Das war die Grundlage für die Zustimmung der Potsdamer Stadtverordneten. Eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ist ein politischer Wortbruch.

Alle bisherigen Versuche, den Wiederaufbau der Garnisonkirche aus Spendenmitteln zu finanzieren, sind gescheitert. Nach 1990 versuchte zunächst die „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ aus Iserlohn, Spenden zu sammeln. Tatsächlich gelang es ihr nach eigenen Aussagen, Spendenzusagen über einige Mio DM einzuwerben. Allerdings isolierte sich die TPG durch ihre Positionierung gegen feministische Theologie, gegen die Segnung gleichgeschlechtlicher Ehen und gegen die Beratung von Kriegsdienstverweigerern. Bis heute ist Max Klaar auch im „Verband deutscher Soldaten“ aktiv und vertritt Positionen, die der Verfassungsschutz als rechtsextrem einstuft. So bezeichnet Klaar die Angriffskriege Nazideutschlands gegen Polen und die Sowjetunion als „Präventivkriege“ und die preußische Monarchie als „vorbildlichen Rechtsstaat“. Schließlich nahmen Vertreter der Kirche die Spendensammlung selbst in die Hand und gründeten eine Stiftung und eine Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Seitdem ist die Spendenbereitschaft fast völlig zum Erliegen gekommen. Bis heute verbrauchen die Aufbaubefürworter mehr Geld, als sie durch private Spenden einnehmen. Daran konnten weder symbolische Grundsteinlegungen, noch ein prominenter „Ruf aus Potsdam“ etwas ändern.

Wenn jetzt der erste Bauabschnitt aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, schlägt die Bundesregierung damit einen Weg ein, der zwangsläufig dazu führen wird, dass der Aufbau der Garnisonkirche vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert werden muss. Bereits derzeit werden die Kosten auf über 100 Mio Euro geschätzt.

Wir fordern Sie auf, die Zweckentfremdung öffentlicher Mittel für den Aufbau eines Kirchturms zu unterbinden, der von der Bevölkerung nicht gewünscht ist. Wir benötigen kein Symbol der preußischen Militärmonarchie und kein Postkartenmotiv für alte und neue Nazis. Stattdessen fordern wir einen demokratischen, aufgeklärten und verantwortungsvollen Umgang mit dem Ort, an dem einst die Potsdamer Garnisonkirche stand.

Sollte die Bundesregierung wirklich Kulturmittel übrig haben, können diese in den Erhalt von Denkmalen und den Schutz authentischer Bausubstanz investiert werden. Der Bedarf ist – nicht nur in Potsdam – groß.

Maik Schneider – NPD-Bundestagskandidat an Potsdamer Schule

Der Direktkandidat für die Bundestagswahlen 2013 der NPD für den Wahlkreis 60 (Brandenburg/Havel, Potsdam-Mittelmark I, Havelland III, Teltow-Fläming I) ist der 1987 geborene, ausgebildete Erzieher Maik Schneider aus Nauen. Er besucht seit dem 05. August 2013 die 11. Klasse der „Heinrich von Kleist“-Schule in der Potsdamer Innenstadt und holt dort das Abitur nach.

Seit spätestens 2007 nahm Schneider an neonazistischen Aufmärschen teil und ist seit 2008 Mitglied des Kreistages Havelland und der Nauener Stadtverordnetenversammlung.

Des Weiteren ist er bei den „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ aktiv und pflegt Beziehungen zu Mitgliedern der mittlerweile verbotenen Kameradschaft „Freie Kräfte Teltow-Fläming“. Im Rahmen des Verbotsverfahren gegen die neonazistische Nachwuchsorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) wurde auch bei Maik Schneider die Wohnung durchsucht.

Maik Schneider nahm am 20. April 2011 und am 20. April 2012 an NPD-Kundgebungen in Nauen teil, nicht zufällig fanden diese um den Geburtstag von Adolf Hitler herum statt.

Er war auch auf einer NPD-Demonstration am 15. September 2012 in Potsdam, die jedoch erfolgreich blockiert werden konnte. Schneider führte auf der Versammlung ein Messer mit sich, weswegen er kurzzeitig in Gewahrsam genommen wurde und eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht gefertigt wurde. Ebenso nahm er am 1. Mai 2010 an einer spontanen Demonstration in Berlin-Charlottenburg teil, nachdem eine neonazistische Demonstration blockiert wurde. Die teilnehmenden Neonazis beleidigten PassantInnen rassistisch und griffen diese an. Dazu passt seine Teilnahme an der rassistischen Kundgebung der NPD vor einer neuen Notunterkunft für Geflüchtete in Berlin-Hellersdorf am 24. August 2013.

An der Kleist-Schule trägt er seine neonazistische Ideologie offenbar unverdeckt zur Schau. In Pausen ist er auf der Friedrich-Ebert-Straße, vor der Schule, unter anderem mit Kleidung des neonazistischen Labels „Fourth Time“ aufgefallen. Die Schule des zweiten Bildungsweges „Heinrich von Kleist“ ist dazu aufgerufen, Maik Schneider von der Schule zu verweisen und ihm somit eine weitere Plattform für seine neonazistische Propaganda zu entziehen.

Antifaschistische Recherche_Potsdam//Umland

Silly unterstützt „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

„Mein Vaterland macht mit Maschinen viel gutes Geld, Maschinen für das Töten für fast jeden Krieg der Welt“, so lauten einige Zeilen des Silly Liedes „Vaterland“, dessen aktuelles Musikvideo zu diesem Song für heftige Diskussionen sorgt. Die Band zeigt neben einigen schönen Aufnahmen von blühenden Landschaften, Produktionsstätten und Errungenschaften der Bundesrepublik einen konkreten Kontrast: Bilder von Kriegsopfern (Kinder, Frauen, Männer – verletzt, verstümmelt oder getötet) stören die schönen Bilder unseres Landes drastisch. Dazu der mahnende Text: „Wir bringen für Geld, den Tod über die Welt.“ mit der sich wiederholenden Frage „Wie lieb ich so'n Land“?.

Silly schreibt im Abspann des Videos, dass sie mit diesem Lied wachrütteln wollen. Sie stellen offen die Frage: Wie passt das Bild eines reichen, aufgeklärten und schönen Landes zu dem des drittgrößten Waffenproduzenten und Waffenexporteurs der Welt?

Die Band mit ostdeutschen Wurzeln unterstützt damit die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ einen Verbund von Nichtregierungsorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um offensiv gegen die Waffenlobby anzutreten, indem sie sie öffentlich macht. Die Aktion fordert eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2): „Kriegswaffen und Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“ Sie prangern die intransparente Arbeit des Bundessicherheitsrates an und wollen Politiker aller Parteien für ein Ende der Waffenexporte und Lizenzvergaben zur Produktion im Ausland erreichen.

Forderungen, die bei der Partei DIE LINKE auf offene Türen stoßen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Inhalte der „Aktion Aufschrei“ bereits seit langem in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat und sogar noch einen Schritt weiter geht und u.a. den generellen Stopp der Waffen und Munitionsproduktion in Deutschland fordert.

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“: web: http://www.aufschrei-waffenhandel.de/ Silly Songtext/Video Vaterland: http://vimeo.com/73283689 vom Album „Kopf an Kopf“, erschienen am 22.03.2013

Matthias Lack, KV Potsdam



Sudoku

		6			1			
				3		2		7
8		2	9				4	
	4	5			7			
3								2
			5			1	3	
	2				8	9		6
9		8		2				
			7			5		

Auflösung Juli

5	3	8	7	2	1	**9**	6	**4**
2	1	4	**3**	**9**	**6**	7	**8**	5
7	6	**9**	**8**	5	4	3	**1**	2
6	7	3	2	1	**5**	4	9	8
9	8	**1**	4	3	7	**5**	2	6
4	2	5	**9**	6	8	1	3	**7**
3	**5**	7	1	8	**2**	**6**	4	9
1	**4**	2	**6**	**7**	**9**	8	5	3
8	9	**6**	5	4	3	2	7	**1**

Witziges im Wahlk(r)ampf

Vor dem Kanzleramt ist ein Rentner gestürzt.

Die Bundeskanzlerin hilft ihm auf und sagt: „Dafür müssen Sie mich das nächste Mal wählen.“

Antwortet der Rentner: „Ich bin auf den Rücken gefallen – nicht auf den Kopf!“

Angela Merkel ist Kandidatin in einer Quizsendung. „Und nun die entscheidende Frage, Frau Merkel, wie viele Inseln gibt es in der Nordsee und wie heißen sie?“ „Es gibt sehr viele Inseln in der Nordsee und ich heiße Angela Merkel!?“

Eine ältere Dame geht in eine Bank und will ein Sparbuch eröffnen und 1000 Euro einzahlen. Dame: „Ist mein Geld bei Ihnen auch sicher?“ Kassierer: „Klar doch!“ Dame: „Und was ist, wenn Sie pleite machen?“ Kassierer: „Dann kommt die Landeszentralbank auf!“ Dame: „Und was, wenn die pleite machen?“ Kassierer: „Dann kommt die Bundesbank auf!“ Dame: „Und wenn die pleite macht?“ Kassierer: „Dann tritt die Regierung zurück, und das sollte Ihnen nun wirklich die 1000 Euro wert sein!“

Was ist der Unterschied zwischen einer Telefonzelle und der Bundesregierung? Bei der Telefonzelle muss man zuerst zahlen und dann wählen!

Wie schafft man es unter der Merkel-Regierung, an ein kleines Vermögen zu kommen? Man muss vorher ein großes gehabt haben!

Was ist der Unterschied Zwischen der CDU und einer Samenbank? K E I N E R ! Bei beiden sind die Spender anonym!

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 07.10.2013, 14.30 Uhr:
„Schottland – wo auch die Männer Röcke tragen“. In ihren mehr als eintausend Fotos haben Gerald Meister und Ingrid Püschel versucht, die mystische Atmosphäre Schottlands einzufangen. *

Dienstag, 08.10. - Donnerstag, 10.10.2013, 18.00 Uhr:
„Mit Kamera und Kochbuch durch Indien“ unterwegs ist Ingrid Püschel. Ort: Restaurant KASHMIR HAUS, Garnstr. 17, 14482 Potsdam *

Mittwoch, 09.10.2013, 19.00 Uhr:
„Wie weiter mit Griechenland?“. Das Solikomitee für Griechenland berichtet über seine Arbeit. ***

Donnerstag, 10.10.2013, 17.00 Uhr:
20 Jahre nach Maastricht – 17. Potsdamer Kolloquium zur Außenpolitik. Haus der Brand.-Preuß. Geschichte. **

Freitag, 11.10.2013, 10.00 Uhr:
Fortsetzung 17. Potsdamer Kolloquium...**

Sonnabend, 12.10.2013, 11.00 Uhr:
„China heute“ – mit Prof. Dr. Eike Kopf im „freiLand“.

Montag, 14.10.2013, 14.30 Uhr:
„Die schönsten Nationalparks - Bayerischer Wald und Sächsische Schweiz“ - mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 15.10.2013, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern: Hiddensee und Gerhard Hauptmann“ mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Dienstag, 15.10.2013, 16.00 Uhr:
„Die Gemeinschaftsschule“. 5. Potsd. bildungspol. Dialog im Haus d. Brand.-Preuß. Geschichte. **

Sonnabend, 19.10.2013, 14.00 Uhr:
Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Live-Konzert mit dem Duo „Turlough“. *

Montag, 21.10.2013, 14.30 Uhr:
„Afrika Safari - mit dem Auto durch Ostafrika“ (2) - eine fotografische Safari mit Ingrid Püschel. *

Dienstag, 22.10.2013, 14.30 Uhr:
„Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil XI – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“. Ein musikalisch-literarischer Nachmittag mit „Potsdamer Geschichten“ (Teil XI). *

Freitag, 25. 10.3013, 19.00 Uhr:
„Klaster Royal und das Rote Band im Hinterhof“. Der Freundeskreis STERN*Kabarett – Kleinkunst bietet einen Chansonabend der ganz besonderen Art im STERN*Zeichen, Galileistr. 37 – 39

Montag, 28.10.2013, 14.30 Uhr:
„Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder und der Herbst beginnt ...“ - ein Herbstspaziergang durch Potsdamer Parklandschaften mit Walter Heller. *

Mittwoch, 30.10.2013, 19.00 Uhr:
Tatort Kurdistan – Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie in der Praxis. ***

Dienstag, 29.10.2013, 14.30 Uhr:
„Zu Rechtsfragen des Alltags“ - im Gespräch mit unserer Rechtsanwältin Martina Scholz. *

Montag, 04.11.2013, 14.30 Uhr:
„Heitere Klassik – Teil V – Rund um den Walzer“ mit dem Konzertpianisten Hartmut Valenske und der langjährigen Sängerin und Moderatorin des Landespolizeiorchesters, Eva Dobrzinski-Petersein. *

---

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee 11, Zentrum Ost

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53

*** Fritz-Teppich-Bibliothek, „freiLand“, Friedrich-Engels-Straße (Haus 1)